



pax
christi

Rundbrief
Rottenburg-Stuttgart

• Nr. 52
• Dezember 2013

Frieden schaffen statt Waffen – auch am Bodensee

Ökumenisches Friedensschiff Friedrichshafen,
28. Juni 2014



Liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem Rundbrief zum Ende des Jahres informieren wir Sie über die Diözesanversammlung in Heiligkreuztal Ende September.

Außerdem nimmt das Thema »Drohnen« einen großen Raum ein, es geht nicht nur um Kampfdrohnen, sondern auch um Aufklärungsdrohnen und die Erfassung von Menschen nach bestimmten Mustern.

Als Schwerpunkt dieser Ausgabe haben wir das Thema »Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden« gewählt. Klaus Pfisterer berichtet sehr informativ über die Anfänge bis zur aktuellen Auseinandersetzung um die Kündigung der Kooperationsvereinbarung.

Zum Thema »Weihnachten« gibt es einen Text, der zum Nachdenken anregt, und die Aktion Hoffnung stellt sich vor.

Wir möchten dieses Weihnachtsfest, das Fest des Friedens, zum Anlass nehmen, Ihnen für Ihr Friedensengagement zu danken und Sie zu bestärken: Folgen Sie weiterhin überzeugt und unbeirrt der Friedensspur – gemeinsam sind wir miteinander unterwegs. Denn: *»Nichts zeichnet einen Christen so sehr aus als dies: Friedensstifter zu sein«* (Basilius der Große).



Susanne Hellstern

Susanne Hellstern

Mitglied im Erweiterten Leitungsteam von pax christi und in der Rundbrief-Redaktion

Wir bleiben dabei:

Frieden schaffen statt Waffen – auch am Bodensee

**1914–2014
100 Jahre Erster Weltkrieg**

**1939–2014
75 Jahre Zweiter Weltkrieg**

Viele friedensbewegte Christen in Verbänden, Gemeinden und Initiativen werden im Jahr 2014 die historischen Jahrestage mit kritischem Rückblick und der Vision eines Friedens ohne Waffen begleiten. Um dies zu erreichen, sind viele kreative Aktionen notwendig.

Eine dieser Aktionen ist das *Ökumenische Friedensschiff*, das am 28. Juni 2014 auf dem Bodensee ein deutliches ökumenisches Zeichen für eine Umkehr zum Frieden ohne die Waffenexporte der deutschen Industrie setzen soll. Im Fokus stehen hierbei die Waffenschmieden rund um den Bodensee.

»Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens« (Lk 1,79)

Heute fließen riesige Summen an staatlichen Geldern und ein immenses Potenzial an menschlicher Arbeit und Intelligenz in die Rüstung. Das Ziel der Vereinten Nationen, künftige Generationen vor Krieg zu bewahren, wird durch sogenannte humanitäre Einsätze konterkariert. Deutschland baut die Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zur Armee im weltweiten Einsatz um und feuert als drittgrößter Waffenexporteur weltweit Konflikte an.

Aus unserer christlichen Verantwortung heraus und dem Friedensauftrag Jesu von Nazareth verpflichtet, möchten wir in aller Öffentlichkeit auf die Waffenproduktion rund um den Bodensee aufmerksam machen und dagegen protestieren.

Beginnen wollen wir mit einer Klage (Kyrie) in Friedrichshafen. Auf dem Friedensschiff fahren wir an Rüstungsstandorten



vorbei und informieren uns über die Produktion der Waffen und wohin sie exportiert werden.

Auf dem Bodensee steht eine Bibelstelle zur Friedensverheißung im Mittelpunkt. In Predigtgedanken über den gerechten Frieden und die notwendigen Schritte dazu, soll das friedliche Miteinander der Menschen konkret werden. Wir werben für »Schwerter zu Pflugscharen« und feiern die Vision vom Frieden.

Mitmachen und dabei sein

Werden Sie aktiv, um ein Klima des Friedens und der Gerechtigkeit hier und weltweit zu schaffen und jeder Form von Militarismus eine Absage zu erteilen. Frieden bedeutet für uns Christen mehr als die Abwesenheit von Krieg.

Kommen Sie am 28. Juni 2014 mit an Bord des Ökumenischen Friedensschiffes und lassen Sie uns gemeinsam am und auf dem Bodensee mit einem ökumenischen Friedensgottesdienst unseren Glauben feiern und unsere Überzeugung leben: *Eine Welt ohne Waffen ist möglich!*

Veranstalter des Friedensschiffes:

- pax christi
- Bistumsstelle Rottenburg-Stuttgart
- Ohne Rüstung Leben

Informationen und Anmeldung siehe beiliegender Flyer

pax christi-Diözesanversammlung in Heiligkreuztal

Die diesjährige Diözesanversammlung hatte zwei inhaltliche Schwerpunkte. Am Beginn stand ein kontroverses Gespräch mit dem Militärdekan Siegfried Weber. Anschließend referierte Thomas Mickan von der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Bewaffnung mit Drohnen.

Einblicke in die Gedankenwelt eines Militärseelsorgers

Ohne es ausdrücklich so zu benennen, pflegt der Militärseelsorger ein Bild von der Bundeswehr als einer internationalen Polizeitruppe. Sie ist weltweit unterwegs, um Menschen und Menschenrechte vor menschenverachtenden Diktatoren, Armeen und bewaffneten Gruppen zu schützen. Bei diesen löblichen Einsätzen begleitet der Seelsorger »seine« Soldaten. Es gibt Erfolge zu vermelden, so etwa: »Im Kosovo fiel kein einziger Schuss.«

Bei dieser idealisierenden Sichtweise bekommt er – so scheint es – nicht in den Blick, dass die Bundeswehr seit Längerem für die sog. »robuste Einsätze« fit gemacht wird. Dieser Begriff umschreibt beschönigend, dass es auch für die Bundeswehr darum geht, Kriege zu führen. Die Bewaffnung der Bundeswehr orientiert sich daran. Wie geht die Militärseelsorge damit um, wenn die von ihr betreuten Soldaten »Kollateralschäden« mit Toten in der Zivilbevölkerung angerichtet haben – so wie in Afghanistan geschehen? Oder wenn sie an den Drohneneinsätzen der US-Armee mit einer großen Zahl an zivilen Opfern mitwirken?

Es blieb leider offen, wie sich die Militärseelsorge zu ethisch fragwürdigen Auslandseinsätzen positioniert, in denen sie die Soldaten seelsorgerlich begleitet. Friedensethische Kernfragen blieben im Diskurs des Militärseelsorgers ausgeklammert. Mich interessierte besonders, wie die Militärseelsorge die beiden Kernpostulate der christlichen Friedensethik – die Feindesliebe und die Gewaltfreiheit – in der Seelsorge an Soldaten im Einsatz thematisiert. Regt sie die Soldaten an, ein Zeichen der Feindesliebe zu setzen, wenn sie auf die Taliban treffen? Nimmt sie ihre Chance wahr, in aufgeheizten bewaffneten Konflikten deeskalie-

rend zu wirken, so wie der Hl. Franziskus, der sich in der Zeit der Kreuzzüge mit dem Sultan zur Begegnung traf? Was sagt der Seelsorger einem Soldaten, der gerade einen »Gegner« erschossen hat und der ihn in seiner Gewissensnot um eine ethische Bewertung bittet? Spätestens jetzt kann sich die Militärseelsorge nicht mehr vor einer grundsätzlichen friedensethischen Bewertung des Militäreinsatzes drücken.

Auf viele unserer Fragen blieb der Militärseelsorger eine Antwort schuldig.

Braucht Deutschland Drohnen?

Unter diesem Titel referierte Thomas Mickan sehr fundiert über seine akribischen Recherchen zum aktuellen Stand des Rüstungsprojekts »Drohnen«. Die erste, für viele überraschende Erkenntnis war, dass die Bundeswehr bereits seit mehr als zehn Jahren über Drohnen verfügt. Das Thema ist nicht so neu, wie die öffentliche Diskussion der letzten Monate es nahelegte.

Eine weitere, für viele neue Einsicht betrifft die sog. Aufklärungsdrohnen. Gemeinhin wird unterschieden: Aufklärungsdrohnen dienen der militärischen Aufklärung, während Kampfdrohnen ferngesteuert bomben und schießen. Auch die Aufklärungsdrohnen sind ethisch nicht unproblematisch. Die Aufklärung stützt sich auf Computersysteme, bei denen die aufgenommenen Bilder von Computerprogrammen auf bestimmte »Muster« durchsucht werden. Der Computer selektiert die Bilder nach definierten Kriterien – beispielsweise bewaffnete junge Männer mit Bart, in bestimmter Kleidung und in Gruppen unterwegs. Werden solche Muster gefunden, sind die identifizierten Personen von vornherein verdächtig und Ziele für einen Beschuss durch Kampfdrohnen. Eine weiter-

gehende Nachforschung, ob die gefundenen Personen wirklich »Terroristen« sind, kann der Computer natürlich nicht leisten. Mit dem Programmieren solcher Erkennungsmuster sind unter anderem die Teams von Informatiklehrstühlen an den Universitäten beschäftigt.

Der Soldat an der Fernsteuerung (»Joystick«) muss binnen Sekundenbruchteilen entscheiden, ob er die vom Computer vorgeschlagenen Ziele unter Beschuss nimmt oder nicht. Zeit für eine Abwägung, etwa hinsichtlich der Gefährdung von Zivilisten, hat er nicht. Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen sind vorprogrammiert. Der Unterschied zwischen Computerspiel und Realität wird in der Wahrnehmung des Soldaten an der Fernsteuerung zunehmend verwischt. Besonders, wenn man bedenkt, dass die Soldaten an der Fernbedienung viele Tausend Kilometer vom Geschehen vor Ort entfernt sein können. Sie sitzen in Kommandozentralen in den USA oder auch in Stuttgart, im AFRICOM, der Befehlszentrale der US-Armee für Afrika und Teile des Nahen Ostens.

Die erschreckende Vision vom »Krieg der Roboter« wird Realität. Computergestützte, ferngesteuerte unbemannte Flugzeuge schießen und bomben. Wo ist die ethische Verantwortung für diese Art der Kriegführung zu verorten? Beim Programmierer, beim Soldaten am Joystick, beim Politiker, der diese Art der Kriegführung anordnet? Es ist gewiss kein Zufall, dass viele Computerspiele kriegerischen Inhalts im Auftrag des Militärs programmiert wurden. Geht es darum, Jugendliche, die Computerspiele lieben, an diese Art der Kriegführung zu gewöhnen?

Vertiefte Informationen finden Sie auf der Website der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (www.imi-online.de).



Stefan Schneider
Friedensreferent und
Geschäftsführer
von pax christi



Besonders heimtückisch: Krieg mit Kampfdrohnen

Beschäftigt man sich mit diesem Thema, wird es einem stark zunehmend gruseliger! Fakten über Fakten, die hier nicht alle genannt werden können, vor denen ich zuweilen die Augen verschließen möchte. Etwa: Die US-Kampfdrohnen können ein bis zwei Tage über dem Kampfgebiet kreisen, liefern dabei Aufklärungsergebnisse und schlagen plötzlich mit ihren Raketen zu. So wissen die Zielpersonen nie, wen die über ihnen kreisenden Drohnen im Visier haben und wann sie ihre Raketen abfeuern. Daher ist der Drohnenkrieg besonders heimtückisch. Die »Piloten« in den Kasernen beobachten die Zielperson über längere Zeit genau, bevor sie sie mit einer Drohne töten. Viele »Piloten« werden mit der psychischen Belastung nicht fertig, rund 17 Prozent leiden unter einer Posttraumatischen Belastungsstörung.

Beim weiterentwickelten israelisch-amerikanischen Modell MQ 5B stammt der Antrieb von der Daimler Benz AG. Die Firma Diehl Aerospace in Überlingen ist auch bei der Entwicklung und dem Bau von Lenkflugkörpern und Drohnen beteiligt (»Rüstung am Bodensee«).

Allein die US-Air-Force verfügte Ende 2011 über bis zu 244 große Kampfdrohnen, die von ca. 1100 »Piloten« und 750 Sensoroperatoren geführt werden. Die CIA verfügt über ihr eigenes Drohnenprogramm im Rahmen ihres heimlichen Antiterror-Schattenkrieges. Sie hat auch verschiedene Söldnerfirmen angeheuert. Ende 2011 besaßen 76 Staaten Drohnen. Die weltweiten Ausgaben für Drohnen betragen zurzeit 6,6 Mrd. jährlich. Die »New York

Times« schrieb, es drohe ein neuer weltweiter Rüstungswettlauf für Drohnen.

Im Ausland operier(t)en die amerikanischen Drohnen von mindestens 17 Ländern aus, von Deutschland aus werden Drohnen ebenfalls geführt, wie die Sendung »Panorama« am 30. Mai 2013 berichtete. Obama widersprach nur insofern, dass die Drohnen nicht in Deutschland gestartet würden. Auch das Africom in Stuttgart ist eingebunden.

Ende Oktober erschien bei uns die Meldung, dass die SPD von der Bundeswehr verlangt, auf Kampfdrohnen zu verzichten. Erst müssten völkerrechtliche und ethische Fragen geklärt und eine Debatte angestoßen werden; so äußerte sich der SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold. Man darf auf das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen gespannt sein (Stand 30.10.!) Außerdem fordert die SPD, keine Waffen in Krisengebiete oder an autoritäre Staaten zu verkaufen und den Bundestag früher und besser über Rüstungsexporte zu informieren. Aber dies wäre noch kein echter Kurswechsel!

Die Zahl der Drohnenangriffe hat seit 2007 stark zugenommen, z.B. von US-Seite von 2010 bis 2012 in Pakistan 221 Angriffe, 37 Angriffe 2012 im Jemen, Pakistan erlebte seit 2004 319 Angriffe; von Großbritannien gab es von 2008 bis 2012 in Afghanistan 348 Angriffe.

Beim gezielten Töten durch Drohnen werden ausgewählte Personen, die sich in einem anderen Land befinden, die nicht im Gewahrsam des Auftraggebers sind, und ohne rechtskräftiges Urteil eines zuständi-

gen Gerichts ermordet. Es gibt keine nachvollziehbare Transparenz und Überprüfung, keine rechtlichen Verantwortlichkeiten und keine Chance auf ein rechtsstaatliches Verfahren. Laut Philip Alston, dem früheren Sonderberichterstatter der UN, führt dieses Handeln dazu, die Menschenrechte, das Kriegsvölkerrecht, die Regeln für Gewaltanwendung zwischen Staaten zu verwischen und auszuhebeln. Durch die »Lizenz zum Töten« wird ein enormes Rechtsvakuum geschaffen.

Drohneinsätze fordern nicht nur zahlreiche zivile Opfer, unter ihnen Frauen und Kinder, sondern verbreiten Angst unter der Bevölkerung und erzeugen psychologische Traumata. Sie dienen keineswegs einer effizienten Terrorismusbekämpfung, denn nur zwei Prozent der Getöteten gehören zur Führung von Al-Quaida. Eine Studie der US-Universitäten Stanford und Columbia stellt fest, dass die USA schon bei der Zielauswahl nicht genug zwischen Zivilisten und Kombattanten unterscheiden. Diese Auswahl sucht nach Mustern von vermuteten Bewegungen von Aufständischen. »Ob es sich dabei um Ziegenhirten, Schmuggler oder feindliche Soldaten handelt, ist für fliegende Kampfroboter nicht zu erkennen« (Frank Rieger vom »Chaos Computer Club« in der »FAZ«). Die oben genannte Studie sagt daher: »Eine saubere Kriegführung bleibt auch mit Drohnen eine Illusion.« Auch daher von der »Drohnen-Kampagne« die Forderung: »Keine Kampfdrohnen!«

In Afghanistan ermittelt die Bundeswehr Personen, für die auf der ISAF-Liste die



Empfehlung »Festnahme« steht, doch im Wissen, dass Staaten wie die USA gezielte Tötungen vornehmen, mit Verwendung der von der Bundeswehr gelieferten Informationen. Die Berliner »Stiftung Wissenschaft und Politik« fordert daher, dass Deutschland so weit wie möglich Distanz zur amerikanischen Praxis wahrte.

Katja Keul, MdB, Grüne, berichtete ebenfalls aus Afghanistan, dass die deutsche Luftwaffe eine Bewaffnung der Drohnen mit der Begründung wünscht, dies sei zum Schutz der Soldaten. Nach genauem Nachfragen stellte sich heraus, dass es vor allem darum geht, entdeckte Kämpfer vernichten zu können, bevor diese sich zurückziehen. Zur Aufklärung benützt die Bundeswehr seit Längerem Aufklärungsdrohnen. Bewaffnete Drohnen sind zur Verteidigung unnötig, aber für Offensiv-Operationen gegen Aufständische sehr nützlich. Nach Artikel 36 des Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen ist Deutschland verpflichtet, bei Einführung neuer Waffen oder neuer Mittel und Methoden der Kriegführung festzustellen, ob ihre Verwendung durch das Völkerrecht verboten wäre.

Frank Rieger mahnt in der »FAZ«: »Die Debatte um die Bewaffnung von Robotern, um Nutzen und Grenzen von maschineller Autonomie und ihre ethischen Implikationen« müsse geführt werden, bevor »die Grundfesten moralischen und humanistischen Handelns erodieren.«

Der »Spiegel«-Redakteur Yassin Musharbash nannte die gezielte Tötung durch Kampfdrohnen »staatlich angeordneten

Pressemitteilung

Stuttgart, den 2.10.2013

Keine Drohnen im Koalitionsvertrag

Die *pax christi*-Mitgliederversammlung fordert die neue Bundesregierung auf, keine Drohnen zur Kriegführung für die Bundeswehr anzuschaffen. Sie soll sich vielmehr für ein weltweites Verbot und eine völkerrechtliche Ächtung dieser Waffen einsetzen. Der Einsatz von Kampfdrohnen ist mit der christlichen Friedensethik nicht vereinbar.

Verteidigungsminister De Maizière hat mehrfach die Absicht bekräftigt, zum Jahresende die Aufrüstung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen zu entscheiden, und Kaufanfragen in den USA und Israel bestätigt. Dagegen ist festzustellen, dass der Einsatz von Kampfdrohnen i.d.R. völkerrechtswidrig ist. Die Zahl der zivilen Opfer – völlig Unbeteiligter, auch Frauen und Kinder – ist erheblich, wie die amerikanischen Drohnenangriffe in Pakistan, Afghanistan und Jemen zeigen.

Der Vorsitzende von *pax christi* der Diözese, Reinhold Gieringer, stellt fest: »Die Verschwendung von Geldern für Drohnen ist ein Verbrechen gegen die hungernde und Not leidende Bevölkerung. Dieses wäre in der zivilen Konfliktbearbeitung viel sinnvoller, weil präventiv, angelegt.«

Deshalb erinnert *pax christi* an den Appell von *pax christi*-Präsident Bischof Algermissen vom 8.12.2011 an die Bundesregierung, »sich der Strategie des gezielten Tötens als Mittel der Aufstandsbekämpfung und Kriegführung zu widersetzen. Diese Art der Gewaltanwendung bedeutet schwere Menschenrechtsverletzungen.« Ebenso wird unser Rechtsstaat durch die ungesetzliche Tötung ohne Anklage, Verfahren und Urteil ausgehöhlt. Unklar ist, nach welchen Mustern mögliche Opfer erfasst werden. Über den Einsatz von Drohnen wird fast alles geheim gehalten. Das bestehende Informationsvakuum muss mit einer öffentlichen Debatte durchbrochen werden.

Auch die Bischöfe Ackermann und Overbeck warnten am 6. Februar des Jahres davor, »dass mit der Einführung dieser Waffensysteme die politischen und mentalen Schwellen zur Gewaltanwendung heruntergesetzt werden«, dass sie als Hinrichtungsinstrument eingesetzt werden und ein erneutes Wettrüsten erfolgt.

Die internationale katholische Friedensbewegung *pax christi* setzt sich ein für Abrüstung, Versöhnung und eine zivile Friedenspolitik.

Kontakt und weitere Informationen:

pax christi-Bistumsstelle Rottenburg-Stuttgart, Postfach 70 01 37, 70571 Stuttgart, E-Mail: paxchristi-rs@bo.drs.de, Tel.: 0711/9791-216, Fax: 0711/9791-159

Mord«. Renke Brahm, Friedensbeauftragter der EKD, stellt fest, dass wir uns auf einen Weg begeben, der die Führbarkeit von Kriegen immer weiter entwickelt. Dagegen »sollte unser Land angesichts seiner Geschichte führend beim Thema Krisenprävention und Gewaltverhinderung sein.« Entscheidend sei die Frage: »Brauchen wir diese Waffen überhaupt?«



Reinhold Gieringer
Vorsitzender *pax christi*
Diözese Rottenburg-
Stuttgart

(Über Zuschriften würde ich mich freuen!)

Kein Werben fürs Sterben

Lernen für den Frieden statt Bundeswehr-Werbung an den Schulen

Die Bundeswehr hat 2012 mit ihren (Werbe-)Veranstaltungen an Schulen wieder deutlich mehr Schülerinnen und Schüler erreicht als im Vorjahr. Die Jugendoffiziere der Bundeswehr führen diese Steigerung auf die Kooperationsvereinbarungen zurück, die acht Kultusministerien seit 2008 mit der Bundeswehr abgeschlossen haben. Die Eltern erheben nur leise und zaghafte Proteste gegen die

Werbeveranstaltungen der Bundeswehr in Schulen – ein hörbarer Aufschrei blieb bislang aus.

Die Kampagne »schulfrei-für-die-bundeswehr« fordert von der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg die Kündigung der Kooperationsvereinbarung. Stattdessen soll die Friedenserziehung im Unterricht in den Schulen verstärkt werden.

Kooperationsvereinbarung mit Kultusministerien

Die Bundeswehr ist im Krieg in Afghanistan sowie in zahlreichen weiteren Kriegs- und Krisengebieten eingesetzt. Für diese Einsätze werden Soldaten benötigt. Da die Wehrpflicht ausgesetzt ist, braucht man dafür Zeit- und Berufssoldaten, die dafür angeworben und ausgebildet werden müssen. Was liegt da näher, als den Nachwuchs aus den Schulen anzuwerben? Auf Initiative des Bundesverteidigungsministeriums wurden seit 2008 in bislang acht Bundesländern Kooperationsvereinbarungen zwischen den zuständigen Kultusministerien und den jeweiligen Wehrbereichskommandos der Bundeswehr unterzeichnet; sie räumen der Bundeswehr Pri-

viliegen ein, die keiner anderen Personengruppe zugestanden werden.

In Baden-Württemberg unterzeichnete im Jahr 2009 der damalige Kultusminister Helmut Rau (CDU) eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr. Zu deren Inhalten gehört u.a., dass die Jugendoffiziere ihre Besuche in Schulen einfacher anbieten können, dass sie offiziell in die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften eingebunden werden, dass sie ihre Bildungsangebote in den Medien des Kultusministeriums (KM) veröffentlichen können und dass sie jährlich einen Bericht für das KM erstellen.

Die Bundeswehr wirbt darüber hinaus auf Messen, im Internet, Radio, Fernsehen, in

Zeitungen, bei Sportveranstaltungen, in diversen Jugendmedien und auch in Schülerzeitungen.

Dabei gab es das alles schon einmal ... Zur Erinnerung:

Bereits 1970 schrieb der damalige Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) in einem Brief an die Ministerpräsidenten der Bundesländer, »dass die Jugendoffiziere der Bundeswehr zur Verfügung stehen, um den Auftrag der Bundeswehr und ihre Rolle im Rahmen der Sicherheitspolitik in den Schulen sachkundig darzustellen«. Daraufhin erließ der damalige Kultusminister von Baden-Württemberg Dr. Hahn am 18. August 1971 die Anordnung »der Berücksichtigung der Landesverteidigung im Unterricht«. Den Kerninhalt formulierte das Kultusministerium wie folgt: »... ist es wichtig, die Schüler über die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung zu informieren und die Aufgaben, die der Bundeswehr hierbei zukommen, sachlich und ohne Werbung aufzuzeigen. Die Aufgaben der Bundeswehr sind so verständlich zu machen, dass sie von den Schülern als notwendig anerkannt werden können.«

Baden-Württemberg spielte meist den Vorreiter, wenn die Interessen der Bundeswehr in den Schulen gewahrt werden sollten.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um den NATO-Nachrüstungsbeschluss im Sommer 1983 erließ der damalige Kultusminister Mayer-Vorfelder (CDU) am 22. Juli 1983 die Verwaltungsvorschrift »Friedenssicherung und Bundeswehr im



Unterricht«, die für den Unterricht verpflichtend war. In einem Zusatzverbot er einzelnen Kriegsdienstverweigerern und Vertretern von Kriegsdienstverweigerer-Organisationen, im Unterricht als Fachleute aus der Praxis aufzutreten. Dieser Zusatzverbot richtete sich vornehmlich gegen die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), traf jedoch letztlich alle Friedensorganisationen, deren Vertreter in den Jahren bis 1983 zu mehreren Hundert Veranstaltungen mit und ohne Jugendoffizier in die Schulen eingeladen wurden. Es kam während der gesamten Zeit zu keinerlei Beanstandungen seitens der verantwortlichen Lehrerinnen und Lehrer oder der Schulleitungen.

Die Verwaltungsvorschrift lief 1993 sang- und klanglos aus. Das Verbot für VertreterInnen der Friedensorganisationen blieb bis 2004 bestehen. Mehr als 21 Jahre lang waren militärkritische Stimmen aus dem Unterricht in Baden-Württemberg ausgeschlossen – ein beispielloser Vorgang. Während dieser Zeit übernahmen die Jugendoffiziere die »Meinungshoheit« in den Schulen.

Seit dem 14. Dezember 2004 dürfen Vertreter von Friedensorganisationen auf Grundlage der Verwaltungsvorschrift »Mitwirkung von Fachleuten aus der Praxis im Unterricht« vom 14.12.2004 wieder als Fachleute aus der Praxis in den Unterricht eingeladen werden. Allerdings gibt es

kaum Einladungen vonseiten der Lehrerinnen und Lehrer.

Warum gibt es die Kooperationsvereinbarungen?

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr wurden seit 1992 scheinbar ausgedehnt. Heute ist sie eine »Armee im Einsatz«: im Kriegseinsatz. Dafür werden Zeit- und Berufssoldaten benötigt. In den neuen »Verteidigungspolitischen Richtlinien«, die Verteidigungsminister De Maizière 2011 erließ, erhält die Bundeswehr u.a. den Auftrag, »einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und natürlichen Rohstoffen zu ermöglichen«. Deshalb steckt die Bundeswehr in einem Strukturwandel. Ihr Personal wird von 220.000 auf 185.000 Soldaten und Soldatinnen reduziert; davon sind 170.000 Zeit- und Berufssoldaten und 5000 bis 15.000 freiwillig Wehrdienstleistende, die einem Auslandseinsatz zustimmen müssen. Die Bundeswehr soll künftig zu jeder Zeit 10.000 Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen unterhalten, gleichzeitig in zwei größeren Einsätzen und bis zu sechs kleineren Einsätzen.

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht muss die Bundeswehr verstärkt um junge Männer und Frauen für den Kriegseinsatz werben. Dabei stößt sie auf ein Akzeptanzproblem, denn die Mehrheit der Bevölkerung

lehnt die Auslandseinsätze ab oder steht ihnen kritisch gegenüber. Sie hat aber auch ein Rekrutierungsproblem, denn ohne die Wehrpflicht fällt es schwer, genügend qualifizierte Freiwillige zu gewinnen.

Mit den Kooperationsvereinbarungen startete das Verteidigungsministerium eine »Rekrutierungsoffensive«. Dafür wurden die finanziellen Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2011 von 12 auf 27 Millionen Euro erhöht.

Die Arbeit der Jugendoffiziere

Seit 1958 arbeiten die Jugendoffiziere in vielfältiger Weise an und mit den Schulen. Seit 2005 fungieren 16 Bezirksjugendoffiziere als Mittelsmänner zu den Kultusministerien, Schulen und Bildungseinrichtungen. Ihnen stehen 94 hauptamtliche Jugendoffiziere zur Seite, die die Termine wahrnehmen.

Die wichtigsten Aufgaben der Jugendoffiziere:

- In den Schulen erläutern sie den Auftrag der Bundeswehr sowie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands.
- Sie sind in die Referendarausbildung von Lehrerinnen und Lehrern eingebunden.
- Sie behandeln in den Abiturjahrgängen auch die sicherheitspolitischen Prüfungsthemen des Zentralabiturs der einzelnen Länder.
- An Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen sind sie bis hin zur Lehre eingebunden; Hauptzielgruppe sind die Lehramtsstudenten.

Daneben gibt es die Karriereberater, die ebenfalls auf Einladung durch die Schulen, vor allem in Berufsschulen, Haupt- und Realschulen, über die Berufsmöglichkeiten bei der Bundeswehr informieren. ►

*Foto S. 6:
Bei der Demonstration gegen Sozialabbau wurde auch gegen die Werbung der Bundeswehr demonstriert
(Foto: Harald Hellstern)*

*Foto S. 7:
September 2013: Mahnwache mit dem Banner der Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr« vor dem Kultusministerium in Stuttgart (Foto: Jens Volle)*



➤ **Es gibt zwei Hauptzielgruppen der Jugendoffiziere**

1. Schülerinnen und Schüler

Laut Kooperationsvereinbarung ist den Jugendoffizieren Werbung untersagt, aber diese geschieht indirekt durch ihr Auftreten in Uniform. Mit Diskussionen/Vorträgen, Podiumsdiskussionen, Seminaren/Tagungen oder Projektwochen, mit dem Simulationsspiel Politik & Internationale Sicherheit (POL&IS) sowie Besuchen bei der Truppe erreichten sie im Jahr 2012 bei 4874 Veranstaltungen insgesamt 143.760 Schülerinnen und Schüler.

Viele Jugendoffiziere werben für ihre Auftritte in Schulen auch immer wieder mit ihren Auslandserfahrungen, insbesondere aus Afghanistan. Seit dem Massaker von Kundus 2009 ein mehr als zweifelhaftes Angebot.

Die Jugendoffiziere aus Karlsruhe sind seit 2010 in die »Tage der Schulen und Lehrer« in der Bundeswehr-Kaserne in Bruchsal eingebunden. Am 17. und 18. September 2013 fand der 4. Tag der Schulen und Lehrkräfte statt. Schülerinnen und Schüler ab der 9. Jahrgangsstufe sowie interessierte Lehrerinnen und Lehrer waren dazu eingeladen. Erwartet wurden an beiden Tagen bis zu 400 Teilnehmer, die auf Kosten der Bundeswehr mit Bussen in die Kaserne gebracht wurden. Die Schülerinnen und Schüler konnten an 8 Stationen die Arbeit der Soldaten kennenlernen. Eine Station hieß »CRC (Crowd and Riot Control)«. Was sich dahinter verbarg, kann nur vermutet werden: Es ging wohl um den Umgang und die Eindämmung von Massenprotesten.

Die Berufsberatung obliegt den Karriereberatern der Bundeswehr. Sie haben im Jahr 2011 bei 10.899 Informationsvorträgen insgesamt 235.695 Schülerinnen und Schüler erreicht. Die aufgezeigte Werbung der Bundeswehr für ihre Einsatzpolitik im Schulunterricht durch Jugendoffiziere und Werbung der Bundeswehr als Arbeitgeber gehen im Schulalltag ineinander über. Beim »Tag der Schulen« ist die Trennung zwischen politischer Bildung und Berufsberatung gänzlich aufgehoben.

Die Bundeswehr ist kein Arbeitgeber wie jeder andere. Wer Zeit- oder Berufssoldat

wird, der verpflichtet sich regelmäßig zu Auslandseinsätzen. Die Einsatzrealität der Bundeswehr mit ihren Risiken, Tod, Verwundung, Verstümmelung durch den Verlust von Gliedmaßen und/oder schwere psychische Erkrankungen, insbesondere Posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) tauchen in den Werbebotschaften regelmäßig nicht auf. Die PTBS-Fälle sind nach offiziellen Angaben von 245 im Jahr 2008 auf 1143 Fälle im Jahr 2012 gestiegen. Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher liegen.

Auch manche Grundschulen lassen sich für die Bundeswehr einspannen. So startete in Nordrhein-Westfalen die Lehrerin einer Grundschule in der 1. Klasse das Projekt »Engel für Afghanistan«. Bis zum Ende der Grundschulzeit im Jahre 2014 soll das Projekt in der Grundschule weitergeführt werden, das von der Bundesregierung ausdrücklich begrüßt wird.

In Baden-Württemberg besuchten die Grundschulen aus Wendelsheim und Oberdorf im November 2011 am Morgen eine Fallschirmspringerübung der US-Army und Bundeswehr. Weihnachten 2011 freuten sich die Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) im Afghanistan-Einsatz besonders über viele selbst gebastelte Grußkarten der Grundschüler aus Calw-Hirsau.

2. Lehrerinnen und Lehrer sowie Lehramtsanwärter

Die Jugendoffiziere sind in Baden-Württemberg zunehmend an den staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung tätig. Dies geht zum einen aus einer Antwort des Kultusministeriums auf eine Landtags-Anfrage und zum anderen aus den Jahresberichten 2010/2011 und 2011/2012 der Jugendoffiziere hervor, die die Zusammenarbeit mit Behörden und Seminaren als »gut« bezeichnen.

Der Antwort des Kultusministeriums vom 22.03.2011 auf die Landtags-Anfrage des Abgeordneten Christoph Bayer (SPD) vom 03.03.2011 ist zu entnehmen, dass in den Jahren 2007 bis 2010 an den Seminaren mit den Jugendoffizieren 57 Ausbildungsveranstaltungen durchgeführt wurden, bei denen 1505 Personen erreicht wurden. Teilgenommen haben v.a. angehende Lehr-



kräfte für berufliche Schulen, Gymnasien und Realschulen. Aus der Einzelaufstellung der Veranstaltungen geht hervor, dass mehr als die Hälfte (36) Pflichtveranstaltungen waren. Mit den Pflichtveranstaltungen sollen die sicherheitspolitischen Vorstellungen des Verteidigungsministeriums den angehenden Pädagoginnen und Pädagogen nahegebracht werden, um sie als Multiplikatoren für künftige Einladungen in die Schulen zu gewinnen. Nur die Mutigsten werden sich dem zunehmenden Einfluss des Militärs zur Wehr setzen, denn immer noch entscheiden die Noten über die Einstellung bzw. die Arbeitslosigkeit.

Kampagne »schulfrei-für-die-bundeswehr«

Die Kampagne »schulfrei-für-die-bundeswehr« in Baden-Württemberg setzt sich aus antimilitaristischen, pazifistischen und gewerkschaftlichen Organisationen zusammen, u.a. DFG-VK Baden-Württemberg, Ohne Rüstung Leben, *pax christi* Baden-Württemberg, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg (GEW). Sie will über die Militarisierung der Gesellschaft am Beispiel Schule in Baden-Württemberg aufklären. Diese Kampagne läuft seit Juli 2010 und hat drei gleichberechtigte Teilziele:

- Handlungsoptionen für einzelne Zielgruppen anzubieten
- Angebot einer Friedensbildung an Schulen bereitzustellen
- Rücknahme der Kooperationsvereinbarung

Derzeit steht die Kündigung der Kooperationsvereinbarung im Zentrum der Aktivitäten

Es gehört zum Kern des Bildungsauftrags des Landes Baden-Württemberg, dass die Schülerinnen und Schüler in einer solch existenziellen Frage wie der nach Krieg und Frieden nicht nur die Anschauung derer kennenlernen, die in Uniform vor ihnen stehen. Die Friedensbewegung hat eine andere Auffassung von Friedenssicherung und Konfliktbewältigung. Sie hat Konzepte zur gewaltlosen Konfliktbearbeitung und -lösung erarbeitet, die von einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung geteilt werden. Beide Seiten sollten auf Einladung im Unterricht zu Wort kommen.

Der »Beutelsbacher Konsens« aus dem Jahr 1976 formuliert einen didaktischen Minimalkonsens für die politische Bildung. Alles was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen (Kontroversitätsgebot), und die Schülerinnen und Schüler dürfen nicht überumpelt werden (Überwältigungsverbot).

Wir haben sehr gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer; sie bieten einen kritischen und meinungsbildenden Unterricht an, der auf Bundeswehrvertreter verzichten kann. Es obliegt der pädagogischen Freiheit der Lehrerinnen und Lehrer, einen Jugendoffizier oder einen Vertreter der Friedensbewegung in ihren Unterricht einzuladen. Dabei sollte auf die Ausgewogenheit geachtet werden. Allerdings ist zu betonen, dass die Friedensgruppen nicht die personelle, materielle und finanzielle Ausstattung haben, um ein Gegengewicht zu den Jugendoffizieren bilden zu können.

Einfluss der Eltern

Die Eltern erheben bislang nur leise und zaghafte Proteste gegen die Werbeveranstaltungen der Bundeswehr in Schulen – ein hörbarer Aufschrei blieb bislang aus.

Wahrscheinlich sind andere schulische Probleme wichtiger. Die Eltern haben vielfältige Möglichkeiten, ihren Einfluss geltend zu machen:

Sie können ihre Kinder vom Unterricht befreien lassen, wenn Jugendoffiziere oder Karriereberater der Bundeswehr in die Schulen kommen. Der Befreiungsantrag

kann auf der Website von terre des hommes (www.tdh.de) heruntergeladen werden. Über den Gesamtelternbeirat oder das Mitspracherecht in der Schulkonferenz können sie die Schule auffordern, Bundeswehrveranstaltungen abzusagen. Der Landeselternbeirat könnte sich des Themas annehmen und mit einem eindeutigen ►

Presseerklärung

Stuttgart, 10. November 2013

»Kooperationsvereinbarung ist ein roter Teppich für die Bundeswehr« – Bildungssystem muss zivil ausgerichtet sein

»Wir bleiben dabei: Das Kultusministerium in Stuttgart soll die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr sofort kündigen!«, so lautet das Votum der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung »Lernen für den Frieden« am gestrigen Samstag in Karlsruhe. Mehrere Dutzend VertreterInnen von Friedensorganisationen und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) äußerten dabei ihr Unverständnis, dass die grün-rote Landesregierung die Versprechen der Bildungsexperten beider Parteien vor und nach der Wahl 2011 und den grünen Beschluss des Landesparteitags vom 2. Dezember 2012 bis heute nicht umgesetzt hat. Der Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden« liegen mittlerweile zuverlässige Informationen aus dem Kultusministerium Baden-Württemberg vor, wonach die seit 4. Dezember 2009 bestehende Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr noch in diesem Herbst durch eine neue ersetzt werden soll. Dabei sollen u.a. Referendare nicht mehr gegen ihren Willen zur Teilnahme an Seminaren der Bundeswehr verpflichtet werden. Gleichzeitig soll den Friedensorganisationen ebenfalls eine Kooperationsvereinbarung angeboten werden.

»Unsere grundsätzliche Kritik bleibt davon unberührt, denn die Privilegierung der Bundeswehr mit ihren hauptamtlichen Jugendoffizieren bleibt dadurch bestehen«, betont Roland Blach, Koordinator der Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden« und Landesgeschäftsführer der DFG-VK Baden-Württemberg. Dorothea Schäfer, die Landesvorsitzende der GEW Nordrhein-Westfalen, bezeichnete die modifizierte Kooperationsvereinbarung in ihrem Bundesland, die die alte Vereinbarung 2012 ersetzte, weiterhin als »roten Teppich« für den Zugang der Bundeswehr in die Schulen. Eine ähnliche Vereinbarung ist für Baden-Württemberg vorgesehen.

»Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Wir setzen uns gegen die Vorbereitung, Akzeptanz und Normalisierung von Krieg als Mittel der Politik zur Wehr«, betont Blach. »Wir kündigen die Kooperationsvereinbarung von unten und treten dafür ein, dass sich Schulen durch entsprechende Beschlüsse genauso gegen jegliche Kooperation mit dem Militär aussprechen wie Hochschulen durch die Einführung von Zivilklauseln«, führt Blach weiter aus. In diesem Sinne wird die bundesweite Unterschriftenkampagne »Lernen für den Frieden«, die im Sommer 2013 von einem breiten Bündnis gestartet wurde, weitergeführt. Im Januar 2014 ist eine Aktionskonferenz vorgesehen, um der Bewegung für ein ziviles Bildungssystem weiteren Auftrieb zu geben.

- Votum die Kündigung der Kooperationsvereinbarung fordern.

Das internationale Kinderhilfswerk terre des hommes fordert in seinem »Schattenbericht Kindersoldaten 2013« u.a., dass ...

- die Einflussnahme der Bundeswehr durch den Auftritt von Jugendoffizieren in Klassenzimmern unterbunden wird;
- Menschenrechts- und Friedenserziehung fester Bestandteil in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern werden sollen und im Schulunterricht auch tatsächlich stattfinden;
- die Bundeswehr entsprechende Instrumentalisierungen von Grundschulern unterlässt;
- Exkursionen Minderjähriger zu Veranstaltungen in Kasernen, z.B. »Tag der Schulen«, im Schulalltag unterbleiben.

oder als Zeit- oder Berufssoldat/in bei der Bundeswehr beginnen.

Grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg

Zu Oppositionszeiten haben sowohl die SPD als auch die Grünen die Kündigung der Kooperationsvereinbarung gefordert. Vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27. März 2011 haben zahlreiche Politiker von Grünen und SPD zugesagt, im Falle eines Wahlsieges die Kooperationsvereinbarung zu kündigen. Darunter war auch der jetzige Kultusminister Andreas Stoch (SPD).

Nach der Wahl haben die Ausschüsse »Innen« und »Bildung« von SPD und Grünen die Kündigung jeweils (einstimmig) be-

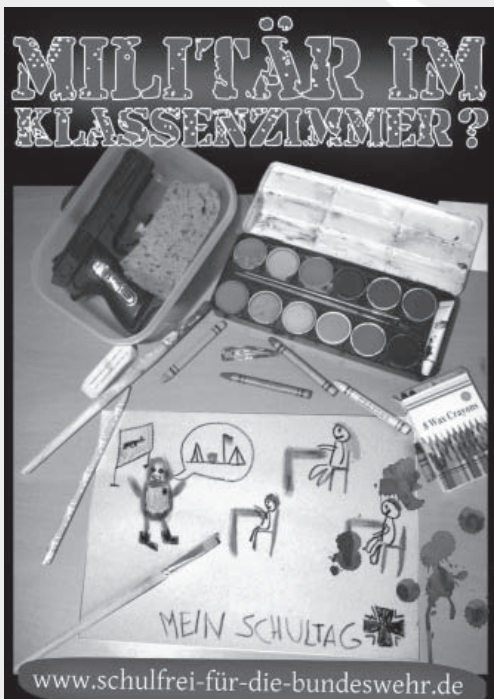
Innenminister Gall (SPD), die aus unterschiedlichen Gründen an der Kooperationsvereinbarung festhalten wollen.

Ausblick

Ziel ist, die Bundeswehr aus den Bildungseinrichtungen zurückzudrängen und den bisher stillschweigend praktizierten »Kreislauf der Selbstverständlichkeiten« zu durchbrechen. In Baden-Württemberg gibt es wichtige Stimmen, die sich für die Kündigung der Kooperationsvereinbarung aussprechen.

Die Landesdelegiertenversammlung der GEW forderte im April 2012 die Kündigung der Kooperationsvereinbarung. Bereits im November 2010 beschloss der Konvent der Friedensbeauftragten und Beistände für Kriegsdienstverweigerung der Evangelischen Landeskirchen in Württemberg und Baden die Kündigung. Auch der DGB Nordwürttemberg und ver.di Baden-Württemberg fordern die Kündigung der Kooperationsvereinbarung.

In den Schulen muss der Friedenserziehung ein größerer Stellenwert eingeräumt werden. Das sieht auch der grün-rote Koalitionsvertrag vor. Dies muss in den Lehrplänen umgesetzt werden, die derzeit überarbeitet werden. Schülerinnen und Schüler benötigen ein breit angelegtes Friedenswissen sowie Handlungskompetenzen zur Überwindung militärischer Konfliktintervention. Ein eindeutiges Votum seitens der Eltern gegen die Bundeswehrwerbung an Schulen könnte von großer Hilfe sein, die gewünschten Ziele umzusetzen.



Gestaltung der Plakate: Mathias Schmidt (links); Ani Tougu (rechts)

Deutschland kritisiert zu Recht den Einsatz von Kindersoldaten (unter 18-Jährige) in vielen Staaten der Welt. Doch zunächst sollte vor der eigenen Haustür gekehrt werden, denn auch in Deutschland können 17-Jährige ihren freiwilligen Wehrdienst

geschlossen. Der grüne Landtagsparteiag hat im Dezember 2012 die Kündigung bis spätestens Ende des Schuljahres 2012/2013 beschlossen. Passiert ist jedoch nichts. Derzeit scheidet die Kündigung an Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) und

Weitere Informationen gibt es auf www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de

*Klaus Pfisterer
Sonderschullehrer,
arbeitet als Landessprecher der
DFG-VK Baden-Württemberg
in der Kampagne »schulfrei-für-die-
bundeswehr«*

Schulfrei für die Bundeswehr

Zum Tod von Willi Karremann am 4. September 2013



(Foto: Adnan Nasser)

Willi Karremann

*pax christi-Mitglied
und überzeugter Streiter
für Frieden, Gerechtigkeit und
Bewahrung der Schöpfung*

**»Es gibt keinen Weg zum Frieden, Frieden ist der Weg.«
(Mahatma Gandhi)**

Diesen Weg ist Willi mit uns in der *pax christi*-Gruppe Ludwigsburg gegangen. Unsere Erinnerungen und Gedanken gehen zurück an den Anfang der Achtzigerjahre, als wir uns als *pax christi*-Gruppe mit vielen Aktionen an verschiedenen Orten zu aktuellen Themen eingesetzt haben. Es seien nur einige zu nennen, aber wohl für Willi die wichtigsten:

Mutlangen – der Kampf und die Blockaden gegen die Stationierung der Pershing-Raketen, die Demonstrationen und Proteste gegen das EUCOM in Stuttgart, in Heilbronn die Aktionen auf der Waldheide, der Widerstand gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf und der Einsatz gegen das AKW in Neckarwestheim.

Hier hat sich Willi immer gewaltfrei eingesetzt, das war für ihn das oberste und wichtigste Gebot. Dies hat ihn geprägt in seinem Einsatz für Frieden und eine gerechte Welt.

Zusätzlich ist sein großer Einsatz im Dritte-Welt-Laden Ludwigsburg zu nennen, seine innovativen Ideen (Solarfahrrad Marke Eigenbau), sein Engagement für Schulklassen ..., bis ihn die lange und schwere Krankheit schwächte. Wir alle vermissen Willi sehr, sein Leben war Frieden und Gerechtigkeit.

Ursula Vyzina, eine Weggefährtin von Willi Karremann, war Mitglied in der Ludwigsburger pax christi-Gruppe und früher im Leitungsteam aktiv

**»Selig, die Frieden stiften,
denn sie werden Söhne Gottes genannt werden.« (Mt 5,9)**

Willi Karremann war ein überzeugter und ein überzeugender Friedensstifter. Seine Persönlichkeit war geprägt von dieser Seligpreisung der Bergpredigt. Er lebte diese Haltung auf glaubwürdige Weise im menschlichen Umgang und in seinem Friedensengagement.

Willi Karremann war langjähriges *pax christi*-Mitglied. Mit seiner Persönlichkeit und seinem Engagement war er auf Diözesanebene eine mahnende Stimme für eine deutliche Positionierung in politischen Fragen und gegenüber der Amtskirche.

Der Einsatz für eine friedlichere Welt war Willi ein Anliegen, er ermutigte uns, sich einzumischen und nicht aufzugeben, nicht zu resignieren. Er erkannte auch, dass es für eine Friedensorganisation nicht ausreicht, nur politische Verlautbarungen zu veröffentlichen. Ihm war es wichtig, vor Ort zu sein, bei den Demonstrationen und Protestmärschen sein Gesicht zu zeigen und für seine Überzeugung hinzustehen. Man konnte sehr viel von ihm lernen: von seiner ruhigen, interessierten Art und Weise zuzuhören, von seinen produktiven Vorschlägen und interessanten Erfahrungen und seiner Hoffnung auf eine gerechtere Welt.

Auf Diözesanversammlungen, Wochenenden oder der *pax christi*-Fahrt zum Casa per la pace in die Toskana war Willi gerne dabei. Was für schöne Erinnerungen: abends bei einem Glas Rotwein miteinander über Gott und die Welt zu reden, das gute Essen von Gianni zu genießen, Florenz mit all seinen kulturellen Höhepunkten, die Wanderungen durch die Weinberge.

pax christi hat mit Willi Karremann einen überzeugten Mitstreiter und Friedensfreund verloren. Wir werden uns immer gern an ihn erinnern.

Susanne Hellstern und Stefan Schneider

(Foto: privat; Hintergrundfotos: Birgit Clemens)



ein Mädchen geboren wurde. Was die Mutter berührte oder wer sie berührte, wurde ebenso unrein (Lev 15,19–24). Um diesem Problem zu entgehen, wurde eine Gebärende normalerweise von der übrigen Welt abgesondert und ins »katályma« verlegt. Woher wissen wir, dass Lukas mit »katályma« nicht Herberge meint, sondern eben diesen *Nebenraum*? Beim letzten Abendmahl benutzt Lukas auch das »katályma« (22,11) und beauftragt seine Jünger, sich diesen Raum zeigen zu lassen und herzurichten. Sonst verwendet Lukas dieses Wort nicht mehr. Wenn er jedoch von »Herberge« spricht wie beim barmherzigen Samariter (10,34), verwendet er ein anderes griechisches Wort, nämlich »pandocheion«. Jetzt *erklären* sich die Widersprüche: Als Josef von der Volkszählung hört, ent-

War wirklich kein Platz in der Herberge von

Wer kennt es nicht, das Krippen-Singspiel »Wer klopft an«? Das Singspiel, in dem Maria und Josef von Haus zu Haus ziehen, an die Türen klopfen und um eine Unterkunft bitten, aber niemand hat Platz für sie? Manchmal liefen den Jüngsten unter den Darstellern schon mal ein paar Tränen übers Gesicht, weil sie sich nicht vorstellen konnten, dass man für die schwangere Maria, die doch das Jesuskind zur Welt bringen wird, wirklich keinen Platz hat. »Ich hätte ihr mein Bett gegeben und selber auf dem Fußboden geschlafen«, sagte mal einer dieser ganz jungen Mitspieler.

Krippenspiele in aller Welt zeigen uns diese bewegende Szene, wie Josef verzweifelt Unterkunft sucht für die hochschwangere Maria. Aber an allen Türen Bethlehems wird er abgewiesen. Schließlich findet er eine Krippe im Stall. Dort wird der Sohn Gottes geboren.

Allerdings sind da zwei *Schwierigkeiten* nicht geklärt: Das Lukasevangelium sagt nirgends, dass Maria hochschwanger war, sondern schlicht schwanger. Ebenso wenig sagt Lukas, dass das Paar verzweifelt von Tür zu Tür ging und anklopfte. Weitere Fragen zeigen sich: Warum »schleppte« Josef die arme Maria nach Bethlehem, wo doch

nur das Oberhaupt der Familie verpflichtet war, zur Volkszählung zu kommen? Wie konnte Josef so unklug sein und bis zum letzten Augenblick warten, statt sich viel früher auf den Weg zu machen? Der »vorsorgliche« Josef war so unfähig, rechtzeitig Unterkunft zu suchen? Hatte er, der doch aus Bethlehem stammte, keine Verwandten dort, die ihm geholfen hätten? War wirklich niemand bereit zu öffnen, wo doch Gastfreundschaft im Orient eine heilige »Sache« ist?

All diese Probleme sind aufgetaucht, weil ein einziges griechisches Wort *falsch* übersetzt wurde. Lukas sagt, dass kein Platz im »katályma« war (2,7). Die meisten übersetzen dieses Wort mit »Herberge«. Aber »katályma« kann auch »Nebenraum« bedeuten.

Die *Wohnverhältnisse* damals in Bethlehem waren so, dass es einen zentralen Wohnraum gab. In ihm spielte sich das Leben bei Tag und Nacht ab. Angegliedert gab es einen Nebenraum; er war der Abstellraum oder wurde für Gäste genommen, die mehr Privatheit brauchten. Diesen Raum benutzte man auch für eine Gebärende. Durch den Blutverlust machte sie sich nach jüdischem Recht für 40 bis 80 Tage unrein, je nachdem, ob ein Junge oder

schließt er sich, mit seiner jungen Frau von Nazareth nach Bethlehem zurückzukehren. Weil er als kluger und vorausschauender Mann geschildert wird, tut er das rechtzeitig und nicht im letzten Moment. Er stammt ja aus Bethlehem, hat also sein elterliches Haus dort. Matthäus bestätigt dies, wenn er sagt, dass Josef sich nach dem ägyptischen Asyl (Kindermord des Herodes) wiederum in Bethlehem niederlassen will, aber aus Furcht vor dem Herrscher Archelaos nach Nazareth zieht (2,22). Die nicht ungefährliche Reise von Nazareth nach Bethlehem braucht etwa 10 Tage. So sind gewiss Josef und Maria Monate vor dem Ereignis dort angekommen und haben sich im eigenen Hause eingerichtet.

Als nun die Geburt naht, kann Josef offensichtlich den Nebenraum nicht benützen, weil auch dieser wegen der Volkszählung mit Gästen schon belegt ist. *Deshalb* – und um keinen seiner Verwandten zu beleidigen –, entschließt sich Josef, den unter dem Wohnraum gelegenen Stall der Tiere entsprechend sorgfältig für die Geburt herzurichten. Dort findet das heilige Paar also seine Zuflucht, *im Stall des eigenen Hauses*. Also muss es heißen: »Maria gebar ihren ersten Sohn, wickelte ihn in Win-

deln und legte ihn in die Futterkrippe, da im Wohnraum kein Platz war« (Lk 2,7). Auch Matthäus stimmt überein mit dieser Interpretation, denn der Stern führt die Weisen aus dem Morgenland zu dem Haus, in dem das Kind war (Mt 2,11).

Ein letztes Argument, ein archäologisches: Bei Grabungen in der Geburtskirche Bethlehem hat man den Zugang zu einem Haus gefunden. Es handelt sich also nicht um einen Stall in freier Wildnis, sondern um einen, der zum Haus gehört, eben zum Haus des Josef aus Bethlehem.

Josef ist also nicht jener Tölpel, der die hochschwängere Maria übers Gebirge schleppt und dann von Haus zu Haus eilt, um endlich Unterkunft zu finden. Er ist vielmehr der vorausschauend besorgte Vater Jesu, der gut plant und gleichzeitig die Gastfreundschaft

Bethlehem?

wie die jüdischen Reinheitsvorschriften in seinem eigenen Hause einhält.

Unser Krippenspiel könnte vielleicht in Europa so passieren, aber nicht im Orient, in dem die Gastfreundschaft heilig ist.

Und noch eins: Jesus wurde nicht arm geboren, weil die Umstände es mit sich brachten, sondern durch eine freie Entscheidung des Josef. Psychologen sagen, dass frühgeburtliche Erfahrungen das spätere Leben beeinflussen. Dass Jesus bewusst die Armut wählte und ihr treu blieb in seinem ganzen Leben bis zum Tod, hat sicher die Handlungsweise seines Vaters Josef mit beeinflusst.

Weil es bei uns im Dezember ja in der Regel kalt ist, habe ich als Kind immer Mitleid mit dem armen – meiner Meinung nach – frierenden Jesuskind in dieser Krippe mitten in der Wüste gehabt. Mit dem neuen Wissen, wie es wahrscheinlich wirklich war, geht es mir jetzt richtig gut – und ich spüre die Wärme, die von diesem Kind ausgeht.

(Nach Ariel Álvarez Valdés und Wolfgang Gramer)

Birgit Clemens

Geistliche Beirätin von pax christi

Tag der Diakonin

Am 29.4.2012 habe ich zum ersten Mal an einem »Tag der Diakonin« teilgenommen, den der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) mit Beteiligung des ZdK (Zentralkomitee der deutschen Katholiken) als bundesweite Veranstaltung in Ulm durchgeführt hat. Ich war beeindruckt von der Dialogpredigt zum Thema »Partnerschaftlich Kirche sein«, gehalten von Barbara Janz-Späth und Dekan Matthias Hambücher, dem Grußwort »Ermutigung zum Diakonat« (Annette Schavan), dem Vortrag »Die Forderung nach dem Diakonat der Frau« (Margit Eckholt) und den Podiumsreden und begeistert über so viel sympathische, kompetente, katholische Frauenpower! Dieser Tag hat mir Mut gemacht, dass es irgendwann doch noch ein echtes »partnerschaftliches Zusammenwirken von Frauen und Männern in der Kirche« geben wird (Erklärung des ZdK 2011).

Der »Tag der Diakonin« wurde 1998 vom KDFB ausgerufen im Anschluss an den Internationalen Fachkongress zum Diakonat der Frau in Stuttgart-Hohenheim. Der Tag der Diakonin wird in vielen Diözesanverbänden immer am Gedenktag der Hl. Katharina von Siena (29. April) mit Gottesdiensten, Gesprächen und Aktionen gefeiert.

Der KDFB ist Mitglied im »Netzwerk Diakonat der Frau«, das sich 1997 zur Förderung des Diakonats der Frau gegründet hat. In zwei Diakonatskreisen wurden bereits 23 Frauen zu Diakoninnen ausgebildet.

Im Oktober 2011 beschloss die Bundeskonferenz des KDFB das Positionspapier »Partnerschaftlich Kirche sein« (www.frauenbund.de), und im November 2011 verabschiedete das ZdK die Erklärung »Für ein partnerschaftliches Zusammenwirken von Frauen und Männern in der Kirche« (www.zdk.de). Der KDFB wird 2014 an verschiedenen Orten Veranstaltungen durchführen: ganz sicher als Diözesanveranstaltung in Markelsheim am 29.4. um 18.30 Uhr mit einem Gottesdienst und einer anschließenden Abendveranstaltung.

Auf Bundesebene wird 2014 ein Gottesdienst gemeinsam mit der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) und dem Netzwerk Diakonat der Frau in der Canisius-Kirche in Berlin gefeiert.

Weitere Informationen:

KDFB

www.frauenbund.de – Die Website enthält Arbeitshilfen und Vorschläge für Gottesdienste

www.tag-der-diakonin.de

Birgit Clemens

Wohin mit den alten Klamotten?

Sammlung und Verwertung von Gebraucht Kleidung am Beispiel der aktion hoffnung Rottenburg-Stuttgart e.V.



Weit über 750.000 Tonnen gebrauchter Textilien werden allein in Deutschland jedes Jahr gesammelt, das entspricht etwa 1,5 Milliarden einzelner Kleidungsstücke. Diese Menge ist weit mehr, als für soziale Zwecke in Deutschland oder zur Katastrophenhilfe im Ausland benötigt wird. Die meisten Menschen wollen jedoch mit ihrer Kleiderspende Gutes bewirken, deshalb stellt sich die Frage, was man mit den aussortierten Kleidungsstücken am besten macht. Das Beispiel der aktion hoffnung Rottenburg-Stuttgart e.V. zeigt, wie man Kleidung einer entwicklungspolitisch und ökologisch sinnvollen, vor allem aber karitativen Weiterverwendung zuführen kann.

Die aktion hoffnung ist eine kirchliche Hilfsorganisation in der Diözese Rottenburg, die mit den Erlösen aus Kleider- und Schuhspenden Partnerschaftsprojekte und Bildungsvorhaben in aller Welt finanziert. Sie versteht sich dabei als Instrument der katholischen Verbände in der Diözese, die durch die aktion hoffnung ihre Partnerschaftsarbeit finanziell besser ausstatten können. Auch die *pax christi*-Bistumsstelle Rottenburg-Stuttgart ist neben neun anderen katholischen Verbänden Mitglied bei der aktion hoffnung und hat für ihre Friedens- und Bildungsarbeit in den vergangenen fünf Jahren über 70.000 Euro erhalten.

Diese Mittel erwirtschaftet die aktion hoffnung durch das Sammeln von Kleidern bei Straßensammlungen und in Containern. Bei 10 dekanatsweiten Straßensammlungen und in über 1070 Sammelcontainern kommen dabei pro Jahr etwa 5000 Tonnen gebrauchter Textilien zusammen. Ein Teil der gesammelten Textilien wird in der »Sammelzentrale aktion hoffnung« in Laupheim von Ehrenamtlichen sortiert und für Hilfsgüterlieferungen an Partner in Osteuropa, Afrika und Südamerika vorbereitet. Dort werden die Kleider in Kindergärten, Altenheimen und Gefängnissen verteilt.

Der größere Teil wird in einem zertifizierten Sortierbetrieb in Langenenslingen auf der Schwäbischen Alb per Hand sortiert und in verschiedene Qualitätsgruppen klassifiziert.

Von 100 kg gesammelter Kleidung können nämlich nur etwa 40 kg überhaupt weiterhin getragen werden. Weitere 40 kg lassen sich noch zu Rohstoffen weiterverarbeiten. Gebrauchte Textilien, die nicht mehr getragen werden können, finden Verwendung bei der Herstellung von Putzlappen oder als Dämmmaterial in der Autoindustrie. Die rest-

Sorgen bereitet der aktion hoffnung die Tatsache, dass inzwischen aufgrund der sehr guten Preissituation für Gebraucht Kleider auch Kommunen und Landkreise Kleidung sammeln und zugleich immer mehr ungenehmigt aufgestellte Sammelcontainer auftauchen. Die Erlöse aus diesen Kleidersammlungen fließen dann in die Gebührenhaushalte der Abfallwirtschaftsbetriebe oder in die eigene Kasse. So besteht die Gefahr, dass gemeinnützige Sammlungen aus dem öffentlichen Stadtbild verdrängt werden, was zu einer existenzbedrohlichen Situation führt.

1,44 Quadratmeter für die Eine Welt

Um auch weiterhin die Arbeit der aktion hoffnung und damit die Friedens- und Bildungsarbeit von *pax christi* abzusichern, benötigen wir Ihre Hilfe. Wenn Sie uns 1,44 Quadratmeter zur Verfügung stellen können – das ist die Grundfläche für einen Sammelcontainer –, leisten Sie damit einen wertvollen Beitrag zur flächendeckenden Sammlung der aktion hoffnung. Geeignet sind besonders Flächen auf Grundstücken von Kirchen, Kindergärten, Altersheimen, aber auch Firmengelände, Grünstreifen etc.

Sprechen Sie uns einfach an, wir freuen uns über Ihre Unterstützung.

aktion hoffnung Rottenburg-Stuttgart e.V.
Jahnstraße 30, 70597 Stuttgart
Tel.: (0711) 9791-235, Fax: (0711) 9791-155
E-Mail: info@aktion-hoffnung.org

lichen 20 kg müssen als Restmüll entsorgt werden, da sie von zu schlechter Qualität sind und weder als Kleidungsstücke noch als Rohstoffe verwendet werden können.

Die Textilien, die noch tragbar sind, werden an Second-Hand-Läden in Deutschland und ins europäische Ausland verkauft oder an Händler in den Ländern des Südens veräußert. Dort werden sie auf lokalen Märkten verkauft. Sowohl die aktion hoffnung als auch der Sortierbetrieb unterwerfen sich bei der Sammlung und Verwertung den strengen Kriterien des Dachverbands FairWertung. Die Erlöse fließen schließlich den katholischen Verbänden und damit *pax christi* zu.

Die aktion hoffnung versucht deshalb, auf private und kirchliche Plätze auszuweichen, um so den Bürgern auch weiterhin die Möglichkeit zu geben, ihre Kleider bewusst zu spenden und die Arbeit des Vereins langfristig abzusichern. Alle Bürger sollen sich also entscheiden können, wem sie ihre aussortierten Kleider geben und was sie damit unterstützen wollen.

Nähere Informationen:
www.aktion-hoffnung.org
www.fairwertung.de

Oh Lord,

When my father gives us a ride in his car
I see the wall everywhere I go
I pray that one day this all will be demolished
So the Israelis and us can be friends or good neighbors

I am a member in one of the scouts in Bethlehem
At Christmas, I join in the scouts processions, as a drummer
In the processions we are all one

I hope that all the conflicts and problems in families will be over
I pray to God that we will love one another again and never fight
I hope that parents will love their children
And bring them presents
And celebrate the New Year together as one family.

*I pray
to God
that we
will love
one another*



Oh Herr,

Wenn mein Vater uns in seinem Auto mitnimmt
Sehe ich die Mauer überall, wo ich hinkomme
Ich bete darum, dass dies alles eines Tages niedergerissen wird
Sodass die Israelis und wir Freunde oder gute Nachbarn sein können

Ich bin Mitglied bei einer der Pfadfindergruppen in Bethlehem
An Weihnachten mache ich bei den Pfadfinderumzügen mit als Trommler
Bei den Umzügen sind wir alle vereint

Ich hoffe, dass alle Konflikte und Probleme in den Familien vorbei sein werden
Ich bete zu Gott, dass wir einander wieder lieben und niemals kämpfen werden
Ich hoffe, dass die Eltern ihre Kinder lieben
Und ihnen Geschenke bringen
Und das neue Jahr zusammen als eine Familie feiern werden.

Gebet von Jacob Marcos,
12 Jahre alt, Terra Sancta Schule für Jungen

Veröffentlicht auf der Webseite des Arab Educational Institute
(www.aeicenter.org), einer Partnerorganisation von *pax christi*

Übersetzung von Irmgard Deifel

Fotos:
links: Christiane Nill / pixelio.de
oben: Thorben Wengert / pixelio.de

► **Januar 2014**

17.–18.01., Stuttgart

Tag der Verbände: »Das vereinte Europa – ein gespaltenes Kontinent«;
Akademie Stuttgart-Hohenheim

31.01.–02.02., Stuttgart

Stuttgart Open Fair: »Zukunft der EU – Rolle Europas in der Welt«

► **März 2014**

13.03., 19.30 Uhr, Stuttgart

100 Jahre Beginn des I. Weltkriegs,
»Friedensaktivitäten deutscher Katholiken – Anfänge des christlichen Pazifismus«;
Haus der kath. Kirche

► **April 2014**

19.04., voraussichtlich Stuttgart

Ostermarsch

29.04.

Tag der Diakonin

► **Mai 2014**

11.05., 14 Uhr, Stuttgart

»Der Haken am Kreuz«, Stadtrundgang;
Treffpunkt vor St. Eberhard

► **Juni 2014**

28.06., 11.30 Uhr,

Friedrichshafen

Ökumenisches Friedensschiff am Bodensee

pax
christi

Internationale Katholische
Friedensbewegung

• Impressum

Herausgegeben von

pax christi

Bistumsstelle Rottenburg-Stuttgart

Jahnstraße 30

70597 Stuttgart

Tel.: (0711) 9791–216

Fax: (0711) 9791–159

www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de

Paxchristi-rs@bo.drs.de (Wer den Newsletter abonnieren möchte, wende sich bitte an diese Adresse!)

Geschäftsführer und Referent für Friedensarbeit:

Stefan Schneider (Adresse wie oben)

Referentin:

Mechthild Foldenauer (Adresse wie oben)

Vorsitzender:

Reinhold Gieringer

Am Bauschberg 40

72108 Rottenburg

Tel.: (07472) 41383

reinhold.gieringer@web.de

Geistliche Beirätin:

Birgit Clemens

Adlerweg 4

73326 Deggingen

Tel.: (07334) 924718

birgit.clemens@web.de

Geistlicher Beirat:

Dr. Wolfgang Gramer

Bietigheimer Str. 9/2

74321 Bietigheim-

Bissingen

Tel.: (07142) 7095011

woleole@gmx.de

Redaktion:

Susanne Hellstern

Christian Turrey

(Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder)

Gestaltung:

Birgit Weber

Druck:

UWS Papier & Druck GmbH, Stuttgart

Versand:

Neckartalwerkstätten, Stuttgart

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Auflage: 800 Exemplare

Diözesanversammlung 2013

Neuwahlen bei *pax christi* Rottenburg-Stuttgart

Im Rahmen der *pax christi*-Diözesanversammlung in Heiligkreuztal wählten die Delegierten Reinhold Gieringer (Rottenburg) erneut zum Diözesanvorsitzenden. Birgit Clemens (Deggingen) wurde für eine weitere Amtszeit als Geistliche Beirätin bestätigt. Zum neuen Geistlichen Beirat wurde Pfarrer Wolfgang Gramer (Bietigheim) gewählt. Beisitzer sind Irmgard Deifel (Tübingen), Odilo Metzler (Stuttgart) und Adnan Nasser (Stuttgart).

100 Jahre Beginn des I. Weltkrieges

Termin: Donnerstag, 13. März 2014, 19.30 Uhr

Ort: Haus der kath. Kirche, Stuttgart

Veranstalter: *pax christi* und Kath. Bildungswerk Stuttgart

Referent: Dr. Rainer Bendel, Tübingen, Kirchenhistoriker

Ausgangspunkt ist die Frage, wie die kath. Kirche zum I. Weltkrieg stand. Entwickelten sich Gegenstimmen zum Krieg? Wie und mit welchen Ideen und Personen entstand eine »katholische Friedensbewegung« – der Friedensbund deutscher Katholiken – nach dem Krieg, in den Zwanzigerjahren? Welchen Einfluss konnte er kirchlich und politisch ausüben?

FILMTIPP: »Zaytoun«

Der sehenswerte israelische Spielfilm von 2012, der seit 14. November 2013 in den Kinos läuft, erzählt eine fast unglaubliche Geschichte aus dem Nahostkonflikt Anfang der 80er-Jahre: Den palästinensischen Flüchtlingsjungen Fahed und den über Beirut abgeschossenen israelischen Kampfpiloten Yoni verbindet auf den ersten Blick nichts. Doch ein Zufall macht aus den einstigen Feinden verbündete Weggefährten. Sie wollen zurück nach Israel und begeben sich auf den Weg durch ein vom Krieg zerrissenes Land. Heimat für beide, aus der der eine, Fahed, vertrieben wurde und für die der andere, Yoni, in einem zerstörerischen Krieg kämpft. Während Yoni nur nach Hause will, versucht Fahed vor allem den letzten Willen seines verstorbenen Vaters zu erfüllen: den letzten verbliebenen Olivenbaum der Familie zurück in ihr palästinensisches Heimatdorf zu bringen. Während sie anfangs lediglich der Wille zu überleben aneinander bindet, entwickelt sich aus ihrer durch tiefes Misstrauen geprägten Feindschaft allmählich eine sehr besondere, wunderbare Freundschaft ...

Mehr zum Film auf der Homepage www.zaydoun.senator.de, auf der man auch Materialien für den Schulunterricht zum Film herunterladen kann.

